

# Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

## Antrag

Einreicher:

**Kreistagsfraktionen Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP-BfS**

Vorlagen Nr.:

**A/1/0039**

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	03.09.2012

**Kreistagsfraktionen Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP-BfS: "Aufnahme von Flüchtlingen in Not im Landkreis Vorpommern-Rügen**

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag heißt die im Landkreis Vorpommern-Rügen aufzunehmenden Flüchtlinge in Not willkommen.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, in den Gemeinden, die Flüchtlinge in Not aufnehmen werden, Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Landesinstitutionen zu organisieren um zu informieren und Ängste vor Ort abzubauen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird beauftragt, in einer seiner nächsten Sitzung den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. zum Thema der Aufnahme der Flüchtlinge in Not im Landkreis Vorpommern-Rügen anzuhören.

### Begründung:

"Weltoffen, demokratisch, bunt“, so hat sich Mecklenburg-Vorpommern am 11. August 2012 in Pasewalk gezeigt. Über 2000 Menschen versammelten sich zu einer beeindruckend bunten Protestveranstaltung, um mit einer Menschenkette für Demokratie und Toleranz friedlich gegen eine NPD-Veranstaltung zu demonstrieren. Wir freuen uns über den Erfolg dieser bisher größten Initiative gegen Rechtsextremismus in Vorpommern.

Die gerade zu Ende gegangenen Olympischen Spiele in London 2012 haben die Werte Weltoffenheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft in den Blickpunkt gestellt. Wir freuen uns über die

Leistungen der AthletInnen der ganzen Welt, egal aus welchem Land sie kommen.

Genauso freuen wir uns auf die Menschen, denen wir ganz persönlich helfen können, weil sie als Flüchtlinge in Not in die Bundesrepublik Deutschland und in unseren Landkreis kommen.

Zu 1.:

Schon immer werden Neuankömmlinge als Gäste, Nachbarn, ArbeitskollegInnen, usw. begrüßt. Das gehört sich so in einem kultivierten Land.

Zu 2.:

Um bereits im Vorfeld Ängste und Barrieren abzubauen, sind Informationen, Begegnungsmöglichkeiten und Versachlichung der Debatte vor Ort notwendig. Hiervon profitieren Bürger und Flüchtlinge.

Zu 3.:

Die bisherige Diskussion über die Flüchtlinge in Not im Landkreis ist vor allem geprägt durch die Frage der Verteilung auf die Gemeinden. Das reduziert die Fragestellung auf ein „Problem“ und versperrt damit den Blick auf die Chance den Zuzug von Flüchtlingen in einem Bundesland, das mit Bevölkerungsrückgang zu kämpfen hat, positiv zu besetzen. Hierfür kann die Fachkompetenz des Flüchtlingsrats genutzt werden. Damit besteht gleichzeitig die Chance, die Verteilungs“probleme“ unter neuen Aspekten zu bewerten und so zu einer menschenwürdigen und integrativen Lösung ohne Überforderung kleinerer Gemeinden oder „Ghettoisierungen“ in Städten zu kommen.

Vorschlag zur Finanzierung:

Deckung aus globalen Minderausgaben, Spenden und Sponsoring durch entsprechende Stiftungen.

gez. Rolf Martens  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion B90/GRÜNE

gez. Christiane Latendorf  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktion DIE LINKE

gez. Uwe Ahlers  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion FDP/BfS